

Nr. 18/423

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Umsatzsteuererlegung an Bildungsaufgaben anpassen!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 24. April 2012
(Drucksache 18/362)
2. EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode
Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2012
(Drucksache 18/509)
3. Strafrechtliche Verfolgung von Hasskriminalität im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. September 2012
(Drucksache 18/560)
4. Mehr männliche Lehrkräfte in die Grundschulen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. September 2012
(Drucksache 18/576)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2012
(Drucksache 18/607)
5. Alternsgerechte Beschäftigung im öffentlichen Dienst
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 24. September 2012
(Drucksache 18/581)

Nr. 18/424

Fragestunde

1. Anerkennung von außerhalb des Bildungssystems erworbener Kompetenz
Anfrage der Abgeordneten Dieter Reinken, Elias Tsartilidis, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 12. September 2012
2. Haftungsrisiken beim Betrieb öffentlicher WLAN-Anschlüsse
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 12. September 2012
3. Überlastung der Prüfungs- und Immatrikulationsämter
Anfrage der Abgeordneten Elias Tsartilidis, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 17. September 2012
4. Demenzversorgung in bremischen Krankenhäusern
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Claas Rohmeyer, Sandra Ahrens, Sigrid Grönert, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. September 2012

5. Berufliche Zukunft der früheren Schleckerbeschäftigten weiterhin ungewiss
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. September 2012
6. Reduzierung von zusätzlich eingeführten Erzieherklassen
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. September 2012
7. Anschaffung sogenannter Spuckschutzhauben
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. September 2012
8. Einsatz künstlicher DNA
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. September 2012
9. Verwendung der durch die Gewinnabschöpfung erlangten Gelder
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 20. September 2012
10. Mindestlohn auch für Bürgerpark-Tombola-Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 21. September 2012

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Asylbewerberleistungsgesetz – Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 27. September 2012
12. Stand der Veröffentlichung von amtlichen Informationen
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 4. Oktober 2012
13. Aus- und Weiterbildung im Bereich der Elektromobilität
Anfrage der Abgeordneten Andreas Kottisch, Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. Oktober 2012
14. Schaffung von sozialem Wohnraum
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 11. Oktober 2012

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/425

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:
„Grundschulen im Vergleich – auf den Anfang kommt es an“;
2. auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE:
„Widerstand gegen Sparpläne ist richtig – keine Kürzung bei der Heilfürsorge für Feuerwehr und Polizei im Land Bremen!“.

Nr. 18/426

Open Data im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 9. Mai 2012
(Drucksache 18/413)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. Juni 2012

(Drucksache 18/473)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/427

Extremistische Straftaten im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. Juni 2012
(Drucksache 18/446)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2012

(Drucksache 18/510)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/428

Vermieterinnen und Vermieter an Maklerprovision beteiligen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2012
(Drucksache 18/464)

D a z u

Änderungsantrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 27. Juni 2012

(Drucksache 18/479)

u n d

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 11. September 2012

(Drucksache 18/563)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Änderungsantrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW) zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Nr. 18/429

Kommunale Wohnungsvermittlung statt Maklergebühren im Land Bremen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. Juli 2012
(Drucksache 18/531)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Nr. 18/430

Zukunftssicherheit für die Krankenhäuser!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2012
(Drucksache 18/465)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 17. Oktober 2012

(Drucksache 18/611)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- a) Regelungen eingeführt werden, die die Einführung eines sachgerechten Orientierungswertes für Preissteigerungen von Krankenhausleistungen vorsehen und damit die vollständige Finanzierung der allgemeinen Kostenentwicklung der Krankenhausbetriebe zukünftig sichern.
- b) verbindliche Personalstandards in der Krankenhauspflege eingeführt werden, um einen ruinösen Wettbewerb auf Kosten der Beschäftigten und Patientinnen und Patienten zu verhindern.
- c) ökonomische Anreize zur ungerechtfertigten „Mengenausweitung“ unterbunden werden und Regelungen einzuführen, die den Qualitätsaspekt in der Versorgung stärken.
- d) Unternehmensüberschüsse bei den Krankenhäusern verbleiben und nicht aus deren Finanzierungssystem genommen werden dürfen.
- e) die Weiterentwicklung der Krankenhausförderung und die Finanzierung bedarfsnotwendiger Investitionen im Bundesgebiet einheitlich gestaltet werden und dass der Weg u. a. in Richtung eines prozentualen Investitionszuschlags auf die Fallpauschalen konsequent verfolgt wird.
- f) die volle Finanzierung der morbiditätsbedingten Mehrleistungen der Krankenhäuser erbracht wird. Dies gilt auch für die Bundespflegesatzverordnung im psychiatrischen Leistungsbereich. Auch hier ist eine vollständige Finanzierung von vereinbarten Mehrleistungen anzustreben. Das Versorgungssystem soll dabei als Ganzes in den Blick genommen werden.
- g) der Vermittlungsausschuss angerufen wird, wenn die im aktuellen Beratungsverfahren zum PsychEntgG vom Bundesrat eingebrachten Änderungen zur Finanzierungssystematik der Krankenhäuser von der Bundesregierung nicht übernommen werden.

Nr. 18/431

Zukunftssicherheit für die Krankenhäuser im Land Bremen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Oktober 2012
(Drucksache 18/605)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/432

Keine Zustimmung Bremens zum Bundesmeldegesetz!

Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 9. Juli 2012
(Drucksache 18/500)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/433

Moratorium für unkonventionelle Erdgasförderung mit hydraulischen Risserzeugungen (Fracking) – Verbot der Technologie in Trinkwasserschutzgebieten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 3. Juli 2012
(Drucksache 18/486)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für die Einrichtung eines mindestens zweijährigen Moratoriums für „Hydraulic Fracturing“ bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas einzusetzen.
2. zusätzlich auf ein Verbot der Verpressung von schädlichen Substanzen in Trinkwasserschutzgebieten hinzuwirken.

Nr. 18/434

Der Paralleljustiz wirksam entgegenwirken

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Juni 2012
(Drucksache 18/481)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/435

Geeignetes Verfahren zur Umsetzung der MiStra-Vorschriften einführen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Juni 2012
(Drucksache 18/480)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres und Sport (federführend) und den Rechtsausschuss.

Nr. 18/436

Bericht des Senats über die Aktivitäten der nordmedia – Die Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH

Mitteilung des Senats vom 4. September 2012
(Drucksache 18/554)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/437

Ausnahmeregelung bei Führerscheinklasse C für die Feuerwehren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. September 2012
(Drucksache 18/566)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative zu initiieren, um den Inhabern einer Fahrerlaubnis der Klasse C beim Führen eines Einsatzfahrzeuges der Berufsfeuerwehr oder freiwilligen Feuerwehr zu erlauben, auch Anhänger von 750 kg bis 3 500 kg zu ziehen.

Nr. 18/438

Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zu Artikel 145 Absatz 1 der Landesverfassung

Mitteilung des Senats vom 11. September 2012

(Drucksache 18/570)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/439

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Landesverfassung

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Klaus Rainer R u p p

anstelle des Abgeordneten Peter Erlanson zum stellvertretenden Mitglied des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Landesverfassung.

Nr. 18/440

Gesetz zur Änderung des Bremischen Justizkostengesetzes

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2012

(Drucksache 18/584)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/441

Gesetz zur Änderung des Bremischen Krankenhausgesetzes

Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2012

(Drucksache 18/594)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 18/442

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 12 vom 10. Oktober 2012

(Drucksache 18/600)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/443

Gesetz zur Änderung des Landespflegegeldgesetzes und zur Aufhebung der Verordnung über die Regelsätze in der Sozialhilfe

Mitteilung des Senats vom 19. Juni 2012

(Drucksache 18/455)

1. Lesung

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch Annahme der Drucksache 18/604.

Nr. 18/444

Gesetz zur Änderung des Landespflegegeldgesetzes

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses

vom 15. Oktober 2012

(Drucksache 18/604)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 18/445

18. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über die Tätigkeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2011

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2012

(Drucksache 18/606)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 18. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über die Tätigkeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2011 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

